

Evian: Repressionsgetrübtes Wasserchen

Globalisierungskritik ist nicht ungefährlich

Seit Jahren zählt es zum Ritual, dass Gipfeltreffen der führenden Weltmächte bzw. Wirtschaftsinteressen (G8, WTO, IWF, Weltbank...) von Protesten der sogenannten „globalisierungskritischen Bewegung“ (außerhalb Deutschlands ganz einfach: *NoGlobal*) begleitet werden. Immer wieder wird dann klar: Inhaltliche Kritik ist unerwünscht. Insbesondere dann, wenn sie in basisdemokratisch organisierten Massen auftritt.

Seit der erfolgreichen Blockade des WTO-Treffens in Seattle 1999 geschieht das unter starker Anteilnahme der Mainstream-Medien und unabhängiger Informationssysteme wie Indymedia, das eben damals seine ersten großen Erfolge feierte. Ebenso zum Ritual wie die gipfelbegleitenden Proteste an sich gehören Auseinandersetzungen mit der Polizei, oft von einer Minderheit der Demonstrierenden gesucht (dem ominösen „schwarzen Block“), von staatlicher Seite gleichzeitig oft gefördert, sowie immer mit allgemeiner Repression beantwortet.

Trauriger Höhepunkt war der G8-Gipfel vor zwei Jahren in Genua: Polizei und Militär knüppelten, verhafteten, misshandelten wahllos friedlich Demonstrierende. Aus einem Jeep heraus wurde ein junger Demonstrant von der italienischen Staatspolizei, den Carabinieri, regelrecht abgeschossen. In der Nacht erstürmte eine (ausgeruhte, extra hierfür abkommandierte) Sondereinheit der Polizei die Diaz-Schule, in der DemonstrationsteilnehmerInnen friedlich schliefen. Es kam zu Übergriffen und Misshandlungen in einem Maße, das mensch in Westeuropa zuletzt im Zweiten Weltkrieg erlebt hatte und das in der Presse immer wieder mit den chilenischen Verhältnissen verglichen wurde. Von den Verantwortlichen wurde übrigens noch immer niemand zur Ver-

antwortung gezogen - abgesehen von drei „Versetzungen“. Angestregte Prozesse laufen noch. Die fadenscheinigen polizeilichen Begründungen für die Erstürmung wurden inzwischen ausnahmslos gerichtlich widerlegt.

Evian

Anlässlich des G8-Gipfels in Evian-les-Bains am Genfer See Anfang Juni hoffte mensch auf ein etwas kultivierteres Verhalten der Polizeikräfte. Gleichzeitig jedoch war die Lage im Vorfeld schon nicht gerade entspannt: Frankreich war bereits erschüttert durch anhaltende Streiks und Proteste gegen den neoliberalen Kurs der konservativen Regierung. Außerdem ist die französische Polizei eine ähnlich den italienischen Carabinieri zentral organisierte und kasernierte Staatspolizei. Die Schweiz

als notorisch „neutraler“ Staat erlebte die größte Mobilisierung ihres Militärs seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Medienwirksam wurden Flugabwehrraketen und Kampfschwimmer in der lauschigen Alpenlandschaft am Genfer See postiert, Wasser, Land und Luft zu Sperrgebieten erklärt. Ungeklärt ist, ob es wie beim G8-Gipfel 2002 im kanadischen Kananaskis zum Abschuss von Bären kam, die beim Betreten der „roten Zone“ erwischt wurden.

Dass für das Sichern des Gipfels dieses Jahr zwei Länder verantwortlich waren, liegt an der Lage des Konferenzortes: Evian ist nur ein kleiner Kurort am französischen Ufer des Genfer Sees, die nächsten Großstädte Genf und Lausanne liegen beide auf schweizerischem Gebiet. Bei weitem nicht alle KonferenzteilnehmerInnen konnten in Evian untergebracht werden, die meisten



(darunter Stargast George W. Bush) nahmen Quartier in Genf oder Lausanne. Von Lausanne gab es einen Fährservice zum genau auf der anderen Seite des Sees liegenden Evian.

Strategie der ProtestteilnehmerInnen war die Ausnutzung des vermeintlich Protestverhindernden Kalküls der OrganisatorInnen: Die schwere Zugänglichkeit von Evian bot gleichzeitig die Chance auf eine effektive Blockade des Treffens über die Blockade der Zufahrtswege, also der Verbindungen Genf-Evian und Genf-Lausanne.

Aktionstag

Am Sonntag, dem 1. Juni (Eröffnungstag des G8-Gipfels und Aktionstag) kam es also zu diversen Straßenblockaden und anderen Aktionen rund um den Genfer See.

Auf französischer Seite blieb es unerwartet ruhig: Eine frühe Demonstration aus mehreren Tausend französischen und deutschen DemonstrantInnen blockierte eine Landstraßenverbindung Richtung Evian ab 5 Uhr morgens und verzögerte durch Blockade der ÜbersetzerInnen den Beginn des Gipfels um zwei Stunden. Die Polizei deckte sie zwar unablässlich mit Tränengas ein, unternahm jedoch keinen ernsthaften Räumungsversuch trotz massiver Militärpräsenz. Ähnlich erging es den frühmorgendlichen Brückenblockaden in Genf sowie der „großen“ Demonstration in Genf und Annemasse, an der bis zu 150.000 Menschen teilnahmen. Sie besetzte symbolisch die Grenze und blieb ebenfalls weitgehend unbehelligt von staatlicher Seite. Von Beteiligten wurde sie ebenso wie die Straßenblockade als großer Erfolg empfunden.

Doch ebenso wie bei der ländlichen Straßenblockade vereinzelt Verunsicherung ob der ländlichen



Hunderttausende demonstrierten am 1. Juni gegen den G8-Gipfel in Evian

Umgebung aufkam (wobei deutsche AktivistInnen in Castor-Erinnerungen schwelgten), gab es im vergleichsweise „vertrauten“ Großstadtmilieu Genfs die unvermeidlichen Aktionen „gewaltbereiter“ DemonstrantInnen mit entsprechenden Polizeireaktionen. Polizeiliche Provokateure mischten erwiesenermaßen an vorderster Front mit, als es in Genf und Lausanne zu Plünderungen und Ausschreitungen kam.

Einzelne Episoden lassen einen vielleicht etwas schmunzeln - wie die Steinwurfattacke einiger Krawallkids auf die Weltgesundheitsorganisation (World Health Organisation - WHO), die diese mit der Welthandelsorganisation (auf deutsch also auch WHO...) verwechselten, oder die Meinungsverschiedenheit einzelner Vermummter, als neben Banken und Tankstellen auch eine Fleischerei in Brand aufging - eine Aktion radikaler VeganerInnen.

Doch die (Re-?)Aktionen der schweizerischen Polizeikräfte, die übrigens durch eine Tausendschaft deutscher PolizistInnen verstärkt waren, lassen einem das halbe Schmunzeln auf den Lippen gefrieren. Abgeschwächte Parallelen zu Genua vor zwei Jahren lassen sich ziehen.

Polizeiliche Repression

Polizeiliche Repression während des G8-Gipfels beinhaltete u.a.:

- Ein Einsatzleiter der Polizei durchschnitt ein über eine Autobahnbrücke gespanntes Seil, an dem zwei AktivistInnen hingen. Eine Person, Martin Shaw, fiel über 20 Meter tief in ein flaches steiniges Bachbett und überlebte mit viel Glück schwerverletzt. Die zweite Aktivistin, Gesine, wurde von den AktivistInnen auf der Brücke gerettet. Die Autobahnbrücke bei Aubonne war im Rahmen der morgendlichen Aktionen von einer Handvoll AktivistInnen besetzt worden, um die Autobahn Genf-Lausanne zu blockieren. Die Polizei war bald zur Stelle. Der Einsatzleiter durchschnitt trotz Kenntnis der Sachlage das Seil, um „freie Fahrt für freie Bürger“ zu gewährleisten.
- Guy Smallman, ein freischaffender Fotojournalist, wurde schwer verletzt, als eine Schockgranate direkt auf seiner Wade explodierte. Der Einsatz derartiger Schockgranaten ist in Deutschland verboten, seit einem Demonstranten in Wackersdorf in den 80ern die Hand verstümmelt wurde. In der Schweiz



sind sie erlaubt, jedoch dürfen sie nur am Boden gerollt werden. Videoaufnahmen lassen vermuten, dass der britische Journalist von der Polizei gezielt aufs Korn genommen wurde, obwohl er und die Gruppe friedlicher DemonstrantInnen, in der er sich befand, sich von der Polizei wegbewegten. Möglicherweise wurde die Granate von den deutschen Polizeikräften geschossen.

- Auch anderswo griff die Polizei Demonstrierende mit Tränengas, Schockgranaten und Gummigeschossen an. Mehrere Leute wurden mit Verbrennungen und Verletzungen durch Geschosse oder Granaten ins Krankenhaus gebracht. Eine Schockgranate explodierte direkt unter einem Kinderwagen.
- Polizeigreiftrups rannten als „Black Block“ verkleidet durch die Straßen, verprügelten oder schossen mit Gummigeschossen auf Protestierende und PassantInnen. Das Genfer Legal Team hat über 50 ZeugInnenberichte zu diesen Vorfällen gesammelt.
- Die Polizei hielt illegalerweise über 400 Menschen ohne Anklage in Bourdonnette, dem AktivistInnen-Camp in Lausanne, über mehrere Stunden fest. Die AktivistInnen wollten keine Personalienfeststellung und wurden in der Hitze stundenlang eingekesselt. Mehrere Menschen wurden verhaftet und alle Zelte und Taschen/ Rucksäcke durchsucht.
- Das Genfer Kulturzentrum l'Usine und das indymedia-Aufnahmestudio wurden von einem polizeilichen „Black Block“-Greiftrupp gestürmt, die dort befindlichen

AktivistInnen teilweise misshandelt. Die schlecht aber effektiv als Angehörige des „Schwarzen Blocks“ getarnten Polizeibeamt-(Inn?)en waren zuvor schon durch ihre Aggressivität aufgefallen.

- SanitäterInnen wurde direkt angegriffen, und fast alle wurden verhaftet.
- MenschenrechtsbeobachterInnen erlitten ebenfalls brutale und ungerechte Behandlung. Eine Person erlitt eine Ellbogenprellung durch den Knüppel eines deutschen Polizisten, eine weitere wurde in Handschellen genommen und gezwungen nach Hause zu gehen. Einer weiteren Person wurde ins Bein geschossen. Die Polizei zerriss Armbinden und Umhänge, welche die MenschenrechtsbeobachterInnen identifizierten.
- JournalistInnen wurden ebenfalls von der Polizei angegriffen. Sie wurden festgehalten, ihre Identität überprüft, ihr Filmmaterial beschlagnahmt oder zerstört.

Dies ist nur eine Zusammenfassung der Polizeiübergriffe, und die Tatsache, dass diesmal niemand getötet wurde, ist tatsächlich nur dem Glück zuzuschreiben.

Einige Verhaftungen waren sehr brutal mit schmerzhaftem Festhalten, Fingern in den Augen, Ohren und Nasen und harten Handfesseln. Einem Mann wurde ins Auge geschlagen. Im Gefängnis, wo er zehn Tage festgehalten wurde, erhielt er keine angemessene Behandlung. Er benötigte hiernach spezielle medizinische Versorgung. Mindestens eine Person wurde zwei Wochen lang im Gefängnis festgehalten.

Die Polizei verweigerte während der ganzen Zeit die Herausgabe von

Verhaftetenlisten (was vor den Protesten vereinbart worden war). Die PolizistInnen verweigerten die Nennung ihrer Kennzeichennummern und verweigerten den Verhafteten Anrufe. Die Zellen waren überfüllt. Im Gefängnis wurden einige unrechtmäßig fichiert (ihre Daten erhoben) oder beleidigt. In einigen Fällen mussten Frauen vor den Augen der Soldaten auf Toilette, einige wurden stundenlang gefesselt in Polizeifahrzeugen festgehalten, Toilettengang und Wasser wurden verweigert.

Legal Teams

Verschiedene Gruppen bearbeiten die juristische Arbeit nach dem G8-Gipfel, unter anderen:

- Legal Teams in Lausanne, Genf, Frankreich
- Aubonne-Gruppe zum Brückenvorfall
- Guy Smallman Support Group (Unterstützungsgruppe).

Das Legal Team Genf sammelte Be-

richte über 70 Fälle von Polizeigewalt. Fast 100 Menschen wurden verhaftet und über 30 Menschen werden mit einer Klage konfrontiert, möglicherweise droht dies weiteren.

Die häufigsten Anklagen laut auf Randalieren, Anwesenheit bei Krawallen (seltsame Schweizer Gesetze) und Nichtbefolgen von Polizeibefehlen (Widerstand gegen die Staatsgewalt).

Vom 22. bis zum 3. Juni wurden dem Legal Team Lausanne 348 Verhaftungen gemeldet. In Lausanne und Umgebung wurden mehr als 20 Leute angeklagt, mehrere verletzt. Die häufigsten Anklagen sind: Verkehrsblockaden, Nichtbefolgen von Polizeibefehlen, Randalieren, Anwesenheit bei Krawallen.

Fazit

Die breit angelegte Repression gegen AktivistInnen zeigt einen alarmierenden Trend: Die Vorfälle drohen zur Gewohnheit zu werden, zum in der

Einleitung bereits erwähnten Ritual. Polizeiliche Repression inklusive Rechtsbeugung oder gar Rechtsbruch ist nicht Ausnahme, sondern Routine. Dies bestätigt auch das Verhalten der Polizei wenige Wochen nach dem G8-Gipfel beim EU-Gipfel in Thessaloniki. Anhaltende staatliche Repression darf jedoch kein Grund sein, sich einschüchtern zu lassen und nun nicht mehr an Protesten gegen die ungerechte Weltordnung teilzunehmen. Die Mächtigen müssen dort kritisiert werden, wo sie sich treffen - in unseren Wohnzimmern werden sie uns wohl kaum besuchen.

Malte Göbel

Quellen und weiterführende Infos:

<http://www.nadir.org/evian>
Gipfelsoli-Newsletter (über nadir.org)
<http://www.indymedia.org/g8>
Lausanne: <http://www.indymedia.ch/de/2003/06/10666.shtml>

Perspektiven gegen den Großen Bruder

Ein Konferenzbericht

Am 27. Juni 2003 fand im Berliner Abgeordnetenhaus eine internationale Konferenz des RAV statt. Unter dem Titel: „Europa – Raum von Freiheit, Sicherheit und Recht? Die (Re-)Organisation der Inneren Sicherheit in Europa“, sollte versucht werden, rechtsstaatliche Institutionen in Zeiten des kollektiven Sicherheitswahns zurückzuerobern.

Seit dem EU-Gipfel in Tampere 1999 schmieden die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten an einem Europa als „Raum von Freiheit, Sicherheit und Recht“ nach ihren Vorstellungen. Als Ergebnisse können sie u.a. europaweite Listen vermeintlich terroristischer Organisationen, den Ausbau von Europol, den Aufbau einer euro-

päische Staatsanwaltschaft namens Eurojust, den geplanten Corpus Juris, ein europäisches Strafgesetz- und Strafprozessrecht zur Verteidigung der finanziellen Interessen der EU und den Europäischen Haftbefehl vorweisen.

Neuentwicklungen, die es zu recht verdienen, dass die Europä-

ische Vereinigung demokratischer AnwältInnen (EDA) und ihre deutsche Mitgliedsorganisation, der Republikanische AnwältInnenverein (RAV) oben genannte Phrase mit einem Fragezeichen versehen und sich mit der Entwicklung kritisch auseinandersetzen. Dazu trafen sich AnwältInnen aus mehreren Ländern und

